

Abonnement:

Für 6 Monate 6\$000
. . . 3 Monate 3\$000

Nach Europa kostet das Blatt 24 Mark jährlich.

Anzeigen

werden nur bei Vorauszahlung aufgenommen.

Erscheint

wöchentlich zwei Mal: Mittwoch und Sonnabend.

Expedition:

Rua de S. José 63, hinter dem Grande Hotel.

Germania

Allgemeine deutsche Zeitung für Brasilien.

Mit der wöchentl. Beilage: „Illustrirtes Unterhaltungsblatt.“

Agenturen:

- Santos: H. Brüggmann.
Campinas: J.U. Keller-Frey, Rua 11 de Agosto 20.
Limeira: Eduard Stahl.
Rio Claro: Otto Jordan.
Piracicaba: Bento Vollet.
Rio de Janeiro: C. Müller, Rua do Hospício 91.
Taubaté: Luiz Rosner.
Dona Francisca: L. H. Schultz.
Curitiba: Bernhard Maas.

Für Deutschland:

Serig'sche Buchhandlung in Leipzig, Neumarkt N. 3.
Buchhandlung von Herrcke & Lebeling, Stettin.

Zeitfragen.

Dass man in Hofkreisen der Emanzipationsidee recht sympathisch gegenübersteht, wird durch die Thatsache bewiesen, dass nicht nur zum Geburtstag des Kaisers, sondern auch zu dem der Kaiserin zahlreiche Sklavenbefreiungen stattgefunden haben.

Wenn der Kaiser mit der Regierung darin übereinstimmt, dass weitere allgemeine Massregeln in emanzipatorischer Richtung vorläufig um einige Jahre hinausgeschoben werden müssen, so geschieht dies sicherlich nicht aus dem Grunde, weil er persönlich etwa nicht einen schnelleren Gang der Emanzipation wünsche, sondern weil die wirtschaftliche Lage des Kaiserreiches es den leitenden Politikern zur Pflicht macht, vor allen Dingen der vielseitigen ökonomischen Krise zu begegnen, die unter liberaler Herrschaft bereits eine Stärke angenommen hatte, dass man mit gutem Rechte von vorliegenden Anzeichen eines möglichen Staatsbankrotts sprechen konnte.

Dass Cotegipe reformatorische Absichten hat, ist bekannt; aber nicht Gefühlsduseleien humanitären Charakters dürfen für den leitenden Staatsmann als Norm seines reformatorischen Vorgehens gelten, sondern er hat das Wohl der Gesamtheit in's Auge zu fassen und den Reformhebel zunächst jedesmal da einzusetzen, wo es am nötigsten ist. Die Sklaverei ist eine beklagenswerthe Thatsache, die man je eher desto besser aus der Welt schafft; aber höher als der Theil muss dem Staatsmanne das Wohl des Ganzen stehen, und das Wohl Brasiliens war und ist an anderen Punkten gefährlicher bedroht, als in der Sklavenfrage.

Dass es der heutigen Regierung nicht an der nöthigen Energie fehlt, mit Kraft und Nachdruck vorzugehen, die partikularen Interessen den allgemeinen gegenüber in den Hintergrund zu drängen und es nöthigenfalls auf die Gegnerschaft einiger Winkelpolitiker ankommen zu lassen — davon liegen, wenn nicht Beispiele, so doch einige Andeutungen bereits vor. Es sei z. B. nur die Strenge, mit der die zinsgarantirten Compagnien überwacht werden, erwähnt. Auch wird in gewissem Sinne die Haltung der Rioer Polizei während des letzten Carnevals als ein Beispiel gelten können, dass die Regierung nicht gewillt ist, mit sich spassen zu lassen.

Fehlen somit gewisse Anzeichen eines strammen Regiments zum Wohle der Allgemeinheit nicht, so ist allerdings damit wohl eine Hoffnung auf die Zukunft aber noch keineswegs eine sichere Aussicht auf Besserung aller faulen Verhältnisse gegeben. Man wird wohl in Betracht ziehen müssen, dass die bedeutenden Männer, welche heute an der Spitze der Regierung stehen, nur wenige ihres Gleichen im Parlamente zählen. Anzeichen von dissidenten Fraktionen der herrschenden Partei fehlen keineswegs, wenn dieselben auch schwach zu sein scheinen, und es ist wohl möglich, dass die Reformpläne der Regierung einen Widerstand zu bewältigen haben werden, der verzögernd auf den Gang der Parlamentsarbeiten einwirken müsste.

Pseudo-Republicaner.

Unter dem Titel O Germanismo (der Germanismus) geht uns „Gazeta da Tarde“ in ihrer Nummer vom 15. d. M. zu Leibe. Die werthe Kollegin sagt, wir seien in letzter Zeit ein „Schlachtferd für die Deklamationen des germanischen Partikularismus und Exklusivismus“ geworden und erinnern uns an die schönen Zeiten, in denen wir uns lobend über Republikaner aussprachen, Zeiten, die jetzt vorbei seien. — Wir möchten als Antwort zunächst fragen, wer an dieser Lage der Verhältnisse Schuld ist. Die Republikaner der „Gazeta da Tarde“ oder wir? Wer hat seinen Sinn und seine Haltung verändert? Waren es nicht gerade Persönlichkeiten, denen wir lange Zeit gerechte Huldigungen darzubringen vermeinten, bis man uns durch veränderte Haltung zwang, ebenfalls unsern Standpunkt zu ändern? Welche Richtung verfolgt denn heute die „Gazeta da Tarde“? und konnten Personen, welche sich der Redaktion dieses Blattes angeschlossen, noch ferner auf unsere Sympathien rechnen? — Wir sind uns in unserer durchaus farblosen Haltung stets gleichgeblieben.

wir uns von Anfang an nicht scheuten. — An anderer Stelle wird vom „intoleranten Germanismus“, der von deutschen Zeitungen Brasiliens vertreten werde, gesprochen. Wenn man uns doch nur mit Thatsachen diese germanische Intoleranz nachweise, statt ewig ein und dieselbe unbewiesene und leicht widerlegbare Behauptung zu wiederholen. — Ferner behauptet die Kollegin die gleichen Ideen zu vertreten, wie alle übrigen echten Republikaner Amerika's und Europa's; wir finden indessen schon zwischen ihr und dem „Paiz“ oder der „Provincia de São Paulo“ Unterschiede in der republikanischen Art und Weise der Meinungsäusserung, dass wir fürchten, eine gewissenhafte Untersuchung über echten und unechten Republikanismus, sowie ganz besonders über republikanische Tugenden und Untugenden würde Ergebnisse zu Tage fördern, worob die Redakturen der „G. d. T.“ in einiges Erstaunen gerathen würden. — Sodann folgt wörtlich folgende Stelle: „Den brasilianischen Republikaner . . . wird man nicht irgend eines Exklusivismus anklagen können, es sei denn der Bismarck'sche Feudalismus oder irgend eine offene oder verhüllte Form der Tyrannei (não é ao republicano brasileiro . . . que se poderá accusar de um exclusivismo qualquer, a não ser o do feudalismo de Bismarck etc. etc.)“ Seien Sie ohne Sorge, Kollegin; wir wollen den lapsus nicht ausnutzen, so wunderschön derselbe auch zur Antokratienwirtschaft in den spanischen Republiken passt. — Ferner glaubt der Presskollege an einen gegendie Republikaner geschmiedeten Kriegsplan, der seine „Inspirationen“ von jenseits des Oceans empfängt und den hiesigen dynastischen Präntensionen zu Hilfe kommen soll. Zu diesem Kriegsplane gehöre es, gegen die brasilianischen Republikaner Anklagen zu schleudern, und es geschehe dies sogar von Seiten einer Presse, die früher die Biographien von Republikanern gebracht hat. In der That haben wir ja seinerzeit die Biographie des Hrn. Dr. Ennes de Souza gebracht; wir ahnten damals indessen noch nicht, dass er Redakteur eines Blattes vom Genre der „G. d. T.“ werden könnte. Auch wird sich die werthe Kollegin, wenn sie etwas in den Zeitungen der letzten Monate nachblättert, leicht davon überzeugen können, wer den Kampf eröffnet hat. Die Verdächtigungen des Deutschthums, wie sie von französischen Blättern mit Vorliebe in die Welt gesandt werden, fanden urplötzlich ein Echo in brasilianischen Zeitungen; und die Kollegin weiss sicherlich ganz genau, in welchen. Wenn hier ein Kriegsplan existirte, so ginge der Versuch seiner Ausführung von Seiten der Angreifer aus, nicht von den Angegriffenen. Wenn irgend Jemand noch im Zweifel sein sollte, woher die Angriffe gegen das Deutschthum kommen, so benimmt ihm „Gaz. d. T.“ selbst jeden Zweifel darüber, indem sie weiterhin den deutschen Fabrikanten vorwirft, sie fälschten die französischen Produkte und überschwemmten mit diesen Fälschungen die Weltmärkte. Das klingt ganz genau so, als ob es der „Sud American“ geschrieben hätte, dessen Deutschensfresserei aus den kurz hinter uns liegenden Zeiten, wo er noch nicht selig entschlafen war, wohlbekannt ist. — Ferner wird behauptet, nicht die Republikaner von der Redaktion der „Gaz. d. T.“ seien Nativisten, sondern die in Brasilien lebenden Deutschen seien es. Die „G. d. T.“ hat gut reden! wir können uns den Hals heiser schreien nach grosser Naturalisation und vollen Bürgerrechten, wir bekommen sie einfach nicht. Sicherlich haben wir grosse Veranlassung, über die Rechte, welche wir in Brasilien nicht haben, mit nativistischer Hartnäckigkeit zu wachen! Das ist denn doch ein wenig unsinnig, Kollegin! — Sodann zählt „G. d. T.“ die volkswirtschaftlichen Ziele auf, welchen die brasilianischen Republikaner nachstreben. Es sind sehr schöne Sachen darunter, und die Redaktion des Blattes kann versichert sein, dass sie sich allgemeine Sympathien erwerben würde, wenn sie diese schönen Grundsätze nicht nur predigte, sondern auch danach handelte. Die republikanische Tugend muss sich in Thaten, in der ganzen Haltung des Mannes, in seiner Rechtschaffenheit, Wahrheitsliebe und Lanterkeit der Gesinnung offenbaren; sonst ist er nur ein Pseudo-Republicaner, eine tönende Schelle, nicht aber ein republikanisches Muster. — Zum Schluss zieht die Kollegin gegen die deutschen Wähler in den Südprominzen los und verlangt, sie sollen brasilianische Wähler sein, nicht aber Werkzeuge Bismarcks. Die naturalisirten Deutschen, welche Wähler sind, werden sich gut wundern, wenn sie hören, sie hätten sich als Werkzeuge Bismarcks gezeigt. Die Sache hängt aber wieder mit den von französischer Seite ausgegangenen Verdächtigungen des Deutschthums zusammen, nach denen bekanntlich Bismarck mit sehr gefährlichen Absichten in Bezug auf Brasilien ungehen soll. Für die „G. d. T.“ ist aber alles, was von Franzosen gesagt und gesprochen wird, ein untrügeliches Orakel. Die Franzosen machen in Deutschesinn, also muss es die „Gaz. d. T.“ auch thun, damit Punktum. —

Wir haben bereits in früheren Nummern angedeutet, dass die von der „Gazeta da Tarde“ ausgehenden Hetzereien gegen das Deutschthum ebenso bedeutungslos sind wie das Blatt selbst. Kein anständiges Blatt der grossen Tagespresse folgt dem schlechten Beispiele; und wir können mit grosser Gemüthsruhe und vollem Gleichmuth den weiteren Schimpfereien der Pseudo-Republicaner entgegensehen.

Auf fünf Jahre.

(Aus der Frankfurter Zeitung.)

Zu Stroh und Zunder an feuergefährlicher Stelle ist noch Sprengstoff gekommen; ohne Bild: das schon reiche Konfliktmaterial im Reichstage ist durch die Vorlage auf Verlängerung des Sozialistengesetzes vermehrt worden. Ungleich bedenklicher als die Polen- und Monopolsache stellt diese neueste Forderung der Regierung den jetzigen Reichstag vor die Existenzfrage, denn wie vor zwei Jahren offen angekündigt wurde, ist es auch diesmal: die Ablehnung würde vom Bundesrath mit Auflösung des Reichstages beantwortet werden. Wir haben es in der schmerzlichsten Erinnerung, wie diese drohende Aussicht 1884 auf zahlreiche Mitglieder des Hauses, namentlich der Linken, eingewirkt hat und fürchten, dass auch diesmal, da die Stimmen jener Seite nicht mehr anschlagend sind, die Regierung ihren Willen durchsetzen wird.

Es gehört eine starke Verblendung dazu, von erspriesslichen Wirkungen des 1878 geschaffenen, 1881 und 1884 verlängerten Ausnahmegesetzes zu reden. Zahlreiche Politiker, die zuerst auf solche Wirkungen gerechnet hatten, haben eingesehen und bekannt, dass es damit nichts gewesen ist; sie möchten geru den als Provisorium gedachten Zustand beseitigen, nur wissen sie nicht — und auch das haben damals die Gegner des Gesetzes vorausgesagt — wie das anzufangen ist; kein Rückzug ist schwieriger, als der auf verfehltem Wege, denn man muss befürchten, in neue Fährlichkeiten zu gerathen. Man kann das Staatswesen unter dem Einfluss des Sozialistengesetzes mit einem Kranken vergleichen, der sich der quälenden Schmerzen durch Morphinum-Einspritzungen zu erwehren gesucht hat; er kann und will das Mittel, obgleich er dessen gefährliche Wirkungen auf den Gesamtorganismus kennt, obgleich er weiss, dass es die Krankheit nicht vertreibt, nicht missen und bringt die Aerzte, die zur Erkenntniss gelangt sind, dass der fortgesetzte Gebrauch des Mittels zerrüttend auf ihn wirkt, als die Krankheit es vermöchte, zur Verzweiflung.

Es bedarf für die Leser dieses Blattes keiner eingehenden Betrachtung über die Natur und die Folgen des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie. Wir haben das Gesetz von Anfang an bekämpft, uns jeder Verlängerung desselben widersetzt, und sind durch den Gang der Dinge in dieser Haltung noch bestärkt worden. Nicht die Gefahr der Sozialdemokratie für die staatliche Entwicklung ist durch dasselbe beseitigt worden, sondern es sind nur die Symptome unterdrückt, die uns die Gefahr erkennen liessen, aber auch die Mittel an die Hand gaben, ihr begegnen zu können. Das Uebel — wenn man das Bild fortsetzen will — ist nach innen geschlagen, es hat den Gesamtorganismus ergriffen und namentlich auch früher gesunde Theile in Mitleidenschaft gezogen. Das aus reifer Erfahrung und tiefer Kenntniss der Menschennatur geschöpfte Dichterwort: „nihilum in vitulum semper pelimusque negata“, das dem Gedanken von dem Reiz des Verbotenen Ausdruck gibt, hat sich hier wieder bewährt; die Sozialdemokratie hat von Jahr zu Jahr stärkeren Zuzug aus dem bürgerlichen Lager erhalten, wo man nicht im Entferntesten mit ihren Bestrebungen sympathisirt, aber aus der Theilnahme, die man für alle Unterdrückten bereit hat, den Impuls schöpft, ihr beizuspringen. Die Wahlen in den Grossstädten beweisen das und werden es von Wahl zu Wahl in gewaltigeren Ziffern aufs Neue darthun.

Nicht zu verkennen ist auch, dass die Sozialdemokratie innerlich gekräftigt und erstarkt ist; mehr als je fühlen sich ihre überzeugten Anhänger Eins gegen alle anderen Parteien und sind geneigt, einem Willen zu gehorchen. Zwißtigkeiten, die unter frei agirenden Parteien über kurz oder lang zu Spaltungen führen würden, werden mit Leichtigkeit ausgeglichen, ohne den Parteiverband auch nur zu erschüttern; die Disziplin ist straffer geworden und damit auch, was nicht unbedeutlich, die Autorität der Führer grösser. Dazu kommt noch der Reiz, den die auf geheime Wege gedrungene Agitation auf die Gemüther ausübt, der Fanatismus, den sie erzeugt und der namentlich unter der Jugend Propaganda zu nehmen weiss. Kurz, will man es zusammenfassen, so muss man sagen: Die Sozialdemokratie ist heute, nach fast achtjähriger Dauer des Ausnahmestandes, stärker, einiger und mehr selbstbewusst, als sie es zu irgend einer Zeit vorher war. Daran hat auch die So-

